

Kreisausschuss

## **Niederschrift**

**über die 6. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 18.05.2015  
im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943  
Luckenwalde.**

### **Anwesend waren:**

#### **Landrätin**

Frau Kornelia Wehlan

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Detlev von der Heide  
Herr Hans-Jürgen Akuloff  
Herr Helmut Barthel  
Herr Michael Baumecker  
Herr Hans-Stefan Edler  
Herr Danny Eichelbaum  
Frau Katja Grassmann  
Herr Dirk Hohlfeld  
Herr Dr. Gerhard Kalinka  
Frau Gertrud Klatt  
Frau Dr. Irene Pacholik  
Herr Detlef Schlüpen  
Herr Dirk Steinhausen

#### **Verwaltung**

Frau Kirsten Gurske  
Herr Holger Lademann

Erste Beigeordnete und Dezernentin II  
Beigeordneter und Dezernent III

### **Entschuldigt fehlten:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralf von der Bank

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

## Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der 5. Sitzung des Kreisausschusses am 16. März 2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Vorsitzenden und der Verwaltung
- 5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU-Kreistagsfraktion TF, SPD, DIE LINKE., BV/FDP, Bündnis90/Die Grünen - Keine Toleranz für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus - Teltow-Fläming ist ein weltoffener Landkreis 5-2408/15-KT
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Ausschreibung der Betreuung des Übergangwohnheimes Ludwigsfelde 5-2383/15-II
- 6.2 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Rangsdorf 5-2388/15-II
- 6.3 Verfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Untersagung der Weiterführung des Verfahrens zur Unterschützstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche – Zossener Heide" 5-2399/15-III
- 7 Informationsvorlagen
- 7.1 Leitbilddiskussion 5-2393/15-IV
- 8 Anfragen der Abgeordneten

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 9 Mitteilungen der Landrätin
- 10 Beschlussvorlagen
- 10.1 Ersatzinvestitionen im Rettungsdienst Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2015 - Beschaffung von vier Rettungswagen 5-2386/15-III
- 10.2 Grundstücksverkauf in der Gemarkung Jüterbog 5-2329/15-I
- 10.3 Bestellung von Sicherheiten für Dritte im Rahmen eines Grundstücksgeschäfts - Jüterbog, Flur 32, Flurstück 439 5-2330/15-I
- 10.4 Grundstückskauf in der Gemarkung Frankenfelde 5-2369/15-I
- 10.5 Instandsetzung Kreisstraße K 7216 - Abschnitte 10; 30 bis 50 5-2382/15-I
- 10.6 Mäharbeiten im Jahr 2015 an Kreisstraßen 5-2389/15-I
- 10.7 Vergabe zur Lieferung von preisgebundenen Schulbüchern gemäß Lernmittelverordnung/Schulträgeranteil im Rahmen des § 7 Abs. 3 5-2395/15-I

Buchpreisbindungsgesetz

- |             |  |              |
|-------------|--|--------------|
| <b>10.8</b> | Betriebung des Übergangwohnheimes für Asylbewerber und Flüchtlinge, Grabenstraße 23, 14943 Luckenwalde | 5-2360/15-II |
| <b>10.9</b> | Übergangwohnheim Anhaltstraße 31 in 14943 Luckenwalde  | 5-2402/15-II |

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1**

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende des Kreisausschusses Frau Landrätin Wehlan begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Sie informiert, dass ein Dringlichkeitsantrag von fünf Fraktionen zum Brandanschlag auf das geplante Flüchtlingsheim in Wünsdorf vorliegt.

Herr Abg. Eichelbaum begründet die Dringlichkeit damit, dass der Kreisausschuss ein politisches Zeichen setzen sollte.

Die Abgeordneten stimmen der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages 5-2408/15-KT als TOP 5 zu. Die bisherigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass sie die Vorlage 5-2383/15-II – Ausschreibung der Betreuung des Übergangwohnheimes Ludwigsfelde (bisheriger TOP 5.1) zurückzieht.

**Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.**

### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der 5. Sitzung des Kreisausschusses am 16. März 2015**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

### **TOP 3**

#### **Einwohnerfragestunde**

Frau Landrätin Wehlan gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

Herr Gurczik, Zossen, fragt, ob gegebenenfalls Fragen zum LSG „Wierachteiche-Zossener Heide“ unter TOP 6.3 gestellt werden können.

**Der Kreisausschuss beschließt bei 6 Ja-Stimmen, 5-Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen, dass sich die Fragesteller aus der Einwohnerfragestunde zum TOP 6.3 äußern können.**

### **TOP 4**

#### **Mitteilungen der Vorsitzenden und der Verwaltung**

Frau Landrätin Wehlan informiert mit Bezug zum Beschluss des Kreisausschusses 5-2239/15-LR vom 18.03.2015, dass es eine Einigung mit der Gemeinde Rangsdorf zur

Zahlung der Rechnungsprüfungskosten gegeben hat. Damit ist eine Klage des Landkreises nicht notwendig.

Weiterhin gibt sie bekannt, dass der Anhörungsbescheid des Ministeriums für Inneres und Kommunales zum Haushalt 2015 eingegangen ist. Sobald der endgültige Bescheid vorliegt,

wird dieser den Fraktionsvorsitzenden und dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zugehen.

Herr Dübe, Leiter des Ordnungsamtes, informiert über das vorliegende aktuelle Gutachten der Firma ORGAKOM zum Rettungsdienst. Er teilt mit, dass gegenwärtig auf die schriftliche Bestätigung der Krankenkassen zur Umsetzung des Gutachtens gewartet wird. Über weitere Schritte und Maßnahmen, die sich daraus ergeben, wird der Kreisausschuss mit dem Halbjahresbericht zum Rettungsdienst informiert.

Herr Abg. Steinhausen fragt, ob das Gutachten den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Landrätin Wehlan sichert eine Information zu den notwendigen Maßgaben zu.

#### **TOP 5**

**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU-Kreistagsfraktion TF, SPD, DIE LINKE., BV/FDP, Bündnis90/Die Grünen - Keine Toleranz für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus - Teltow-Fläming ist ein weltoffener Landkreis ( 5-2408/15-KT )**

Herr Abg. Edler fragt, ob genauere Sachverhalte zum Vorfall in Wünsdorf vorliegen.

Frau Landrätin Wehlan informiert über die Inhalte der dazu vorliegenden Presseinformation des Polizeipräsidiums. Sie weist auf Maßnahmen und Projekte des Landkreises hin, die dem Anliegen des vorliegenden Antrages entsprechen.

#### **Der Kreisausschuss beschließt:**

Der Kreisausschuss verurteilt den in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai 2015 verübten Brandanschlag auf das geplante Flüchtlingsheim in Wünsdorf. Fremdenfeindliche Straftaten müssen von der Justiz hart bestraft werden. Teltow-Fläming ist ein liberaler, toleranter und weltoffener Landkreis. Wir sagen entschieden Nein zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus und Rechtsextremismus. Wir haben eine humanistische und grundgesetzliche Verpflichtung, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen müssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

#### **TOP 6**

**Beschlussvorlagen**

#### **TOP 6.1**

**Ausschreibung der Betreuung des Übergangwohnheimes Ludwigsfelde**

**( 5-2383/15-II )**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

## **TOP 6.2**

### **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Rangsdorf ( 5-2388/15-II )**

Zur Vorlage wird eine Anlage mit den betroffenen Flurstücken ausgereicht.

Frau Landrätin Wehlan gibt zur Kenntnis, dass der Vertrag nicht durch den Vorsitzenden des Kreistages mitgezeichnet wird sondern durch ihre Stellvertreterin Frau Gurske.

Auf die kritische Bemerkung des Abg. Edler zu der erst heute vorliegenden Anlage, weist Frau Landrätin Wehlan darauf hin, dass zuerst die Vorabsprachen und Verhandlungen mit der Gemeinde geführt wurden, bei denen mehrere Grundstücke im Gespräch waren.

Frau Abg. Grassmann fragt, ob die Festlegung der maximalen Zahl auf 70 Personen in der Gemeinde Rangsdorf konform geht mit der Satzung, in der keine absolute Zahl sondern eine Prozentzahl aufgrund der neuesten Entwicklung genannt ist.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass ein öffentlich-rechtlicher Vertrag der Zustimmung beider Partner bedarf. Sollten sich Möglichkeiten der weiteren Wohnunterbringung ergeben, wird die Gemeinde Unterstützung geben.

### **Der Kreisausschuss beschließt:**

die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung und Unterpachtvertrag“ zwischen der Gemeinde Rangsdorf und dem Landkreis Teltow-Fläming.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

## **TOP 6.3**

### **Verfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Untersagung der Weiterführung des Verfahrens zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener Heide" ( 5-2399/15-III )**

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass bis heute die zugesagte Untersagungsverfügung noch nicht eingetroffen ist. Deshalb konzentriert sich die Vorlage nicht auf eine Entscheidung, sondern auf die vorsorgliche Einlegung von Rechtsmitteln. Der Kreistag wird letztendlich eine Entscheidung treffen, wenn die Untersagungsverfügung vorliegt.

Herr Abg. Eichelbaum kritisiert, dass die politischen Beschlüsse des Kreistages zur Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes durch die Landesbehörden, insbesondere durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Entwicklung, „mit Füßen getreten“ werden. Deshalb begrüßt er es, dass Rechtsmittel gegen die Verfügung eingelegt werden sollen.

Herr Abg. von der Heide fragt, ob es eine Chance gibt, rechtlich dagegen vorzugehen, wenn der Landkreis - entgegen seiner damaligen Stellungnahme zum Regionalplan - nunmehr seine Meinung ändert. Er möchte wissen, ob mit der heutigen Vorlage schon die Beauftragung eines Rechtsanwaltes freigegeben wird oder nur fristwahrend Einspruch eingelegt wird.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass es einen Handlungsauftrag des Kreistages für die Regionalräte gab, von dem nicht abgewichen wurde. Darüber hinaus hat das Thema in allen Stellungnahmen der Behörden eine Rolle gespielt. Der Landkreis Teltow-Fläming hat sich für die Ausweisung und Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes ausgesprochen und gegen die Ausweisung des Windkrafteignungsgebietes gestimmt. Letztendlich wurde der Regionalplanbeschlussfassung zugestimmt. Mit der heutigen Vorlage sollen der Kreisausschuss und die Fachausschüsse die Chance haben, auf eine Untersagungsverfügung fachlich zu reagieren.

Herr Dr. Fechner, Leiter des Umweltamtes, ergänzt, dass der Landkreis in einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren mehrere Stellungnahmen abgegeben hat. Von Anfang an wurde auf die Ausweisung hingewiesen. Er informiert, dass mit der heutigen Beschlussfassung sofort Gerichtskosten anfallen, die vom Streitwert abhängen, den das Gericht festlegt. Diese könnten etwa in der Größenordnung von 2 bis 10 T€ liegen, die aus dem Gesamtbudget des Amtes gedeckt werden. Sollte der Landkreis die Klage zurückziehen, werden 2/3 der Kosten zurückerstattet.

Herr Abg. Edler ergänzt, dass es sich um einen Beschluss handelt, welcher durch ein naturschutzfachliches Gutachten untermauert ist. Er sieht deshalb keine andere Möglichkeit, als gegen die Untersagungsverfügung Rechtsmittel einzulegen, da das Recht im Laufe des Raumordnungsverfahrens geändert wurde.

Herr Gurczik, Bürgerinitiative Freier Wald (BI), informiert, dass die BI bei Herrn Klauber, Leiter der Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, ein Gespräch hatte. Nach Meinung von Herrn Klauber ist es nicht möglich, über eine einstweilige Verfügung das Verfahren aufzuhalten.

Frau Ehresmann, BI Freier Wald, fragt, ob es den Abgeordneten bekannt ist, dass die EU-Kommission mit Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Nichterfüllung der EU-Vorgaben in Hinblick auf die Ausweisung von zu wenig Natur- und Landschaftsschutzgebieten droht. Sie weist darauf hin, dass das LSG „Wierachteiche-Zossener Heide“ eine gute Möglichkeit wäre, die Bundesziele gegenüber Europa zu erfüllen. Des Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass die Bürger den gegenwärtigen Prozess besorgt verfolgen und sich von der Gemeinsamen Landesplanung übergangen fühlen. Angesichts dessen stellen sie sich die Frage, ob es noch kommunale Rechte gibt oder ob diese vor Gericht eingefordert werden müssen.

Frau Landrätin Wehlan macht deutlich, dass es das Recht der EU ist, sich Klagen gegenüber der Bundesregierung vorzubehalten, was sich im Ergebnis auf die betroffenen Landesregierungen niederschlägt. Zur Regionalen Planungsgemeinschaft, die nicht nur den Landkreis Teltow-Fläming umfasst, führt sie an, dass diese nach demokratischen Regularien arbeitet, die kommunalrechtlich verankert sind. Das Signal der heutigen Sitzung zeigt eindeutig, dass die vom Kreistag zu treffende Entscheidung sehr ernsthaft – unter Einbeziehung der Fachausschüsse – vorbereitet wird.

### **Der Kreisausschuss beschließt:**

1. Die Landrätin wird beauftragt, fristwährend die erforderlichen Rechtsmittel gegen die Untersagungsverfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Weiterführung des Verfahrens für die Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener" Heide einzulegen.
2. Für den nächstmöglichen Kreistag ist eine Beschlussfassung zur abschließenden Entscheidung über das Einlegen der erforderlichen Rechtsmittel gegen die

Untersagungsverfügung der gemeinsamen Landesplanungsabteilung zu erarbeiten. Zu beteiligen sind die Ausschüsse für Regionalplanung und Bauen, Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt sowie der Haushalts- und Finanzausschuss.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

## **TOP 7**

### **Informationsvorlagen**

#### **TOP 7.1**

##### **Leitbilddiskussion**

**( 5-2393/15-IV )**

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass für die Sitzung des Kreistages am 29. Juni 2015 eine Informationsvorlage vorgesehen ist, die über die in der Leitbilddiskussion eingebrachten Vorschläge der Fachausschüsse und der Bürgermeister Auskunft geben wird. Die Beschlussvorlage zum Leitbild wird für die Kreistagssitzung September 2015 vorbereitet.

**Der Kreisausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

## **TOP 8**

### **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Abg. Eichelbaum fragt nach, ob in Ludwigsfelde nochmals eine andere Investitionstätigkeit eines Sozialträgers für ein Übergangwohnheim geprüft wird.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass der Landkreis grundsätzlich vor neue Herausforderungen gestellt ist. Deshalb wurde die Vorlage für Ludwigsfelde zum jetzigen Zeitpunkt zurückgezogen, da sie sich nur auf eine Trägerschaft bezieht. Den Abgeordneten sollen alle in diesem Zusammenhang stehenden notwendigen Maßgaben vorgestellt werden.

Frau Beigeordnete Gurske ergänzt, dass aus den größeren Flüchtlingszahlen auch ein höherer Personalschlüssel erwächst. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, inwieweit gutes Personal für den kreislichen Bedarf gesichert werden kann.

Herr Abg. Eichelbaum weist darauf hin, dass es in Ludwigsfelde mehrere Angebote gibt. Er fragt, ob das „alte“ Angebot im Industriegebiet aufgrund der neuen Flüchtlingszahlen wieder neu geprüft wird.

Frau Beigeordnete Gurske bestätigt, dass alle Angebote erneut in der Prüfung sind.

Herr Abg. von der Heide bittet den Kreistagsvorsitzenden zu klären, welche Verbindlichkeit Hauptsatzungen haben, die das Verfahren zum Fragerecht von Bürgern regeln. Es sollte zukünftig klar sein, ob die Hauptsatzungsregelung zum Fragerecht der Bürger durch Beschluss des Gremiums ausgehebelt werden kann und Bürger zu Tagesordnungspunkten in der Sitzung Rederecht erhalten können.

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass es klare Regelungen zur Einwohnerfragestunde gibt. Selbstkritisch merkt sie an, dass es sich damit verbietet, die Einwohnerfragestunde in einen Tagesordnungspunkt der Sitzung zu integrieren.

Herr Abg. Dr. Kalinka wird prüfen lassen, ob das Einräumen eines Rederechtes für Gäste der Sitzung durch das Gremium selbst beschlossen werden kann.

Herr Abg. Baumecker fragt, ob es neue Informationen zum Stand des Baubeginns der Ortsumgehung Thyrow gibt.

Frau Abg. Klatt informiert, dass am 28. Mai 2015 um 11 Uhr der offizielle Baubeginn sein wird.

**Die Vorsitzende des Kreisausschusses stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung fest.**

## **Nichtöffentlicher Teil**

Luckenwalde, den 26. Mai 2015

Kornelia Wehlan  
Vorsitzende des Kreisausschusses